



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG, 29 OLDENBURG, POSTFACH 2503, TEL.: 51064, TELEX-NR. 25655 UNOL D. REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), KARIN WOLF. MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER. NACHDRUCK - AUCH NUR AUSZUGSWEISE - NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH ROCKSPRACHE MIT DER REDAKTION. (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSE-ETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT. DER NIEDERSÄCHSISCHE MINISTER FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST HAT SICH DER FÜHRUNG DIESES NAMENS DURCH DIE UNIVERSITÄT BISHER WIDERSETZT.)

2. Februar
3/78

Schwierige Koalitionsverhandlungen zu erwarten

Welche Koalition künftig den AstA der Universität Oldenburg stellen wird, ist nach dem Ausgang der Studentenparlamentswahlen in der letzten Woche noch völlig offen.

Der Sozialistische Hochschulbund (SHB) ging mit einem Stimmengewinn von mehr als fünf Prozent (29,8 Prozent 1978; 24,44 Prozent 1977) und insgesamt 16 Sitzen im Studentenparlament als stärkste Fraktion aus den Wahlen hervor. Dagegen mußte die bisher führende Basisgruppe Projektinitiative (PIN) von den bei den letzten Wahlen erreichten 14 Sitzen 4 wieder abtreten und stellt mit 10 Sitzen und 20,2 Prozent die zweitstärkste Gruppe im Parlament. Die Gruppen Juso-Hochschulgruppe (JHG) und MSB Spartakus konnten trotz Stimmenzuwachs nicht mehr Sitze erreichen; die JHG kommt auch im neuen StuPa wieder auf 8, der MSB Spartakus auf 7 Sitze. Ebenso konnte der Liberale Hochschulverband (LHV) trotz Stimmenverlust von etwa 1,5 Prozent seine 6 Sitze halten. Lediglich der Ring christlich-demokratischer Studenten (RCDS) konnte sich um einen auf insgesamt drei Sitze verbessern. Nicht im Studentenparlament vertreten sind die vom Kommunistischen Studentenbund (KSB) getragene 'Demo-

kratische Liste', die 1,73 Prozent erreichte und der Einzelkandidat des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB), der insgesamt sieben Stimmen (0,43 Prozent) erhielt. Die Wahlbeteiligung lag mit 42,57 Prozent zwar über den bundesdeutschen Durchschnitt, erreichte allerdings die hohe Wahlbeteiligung des letzten Jahres mit 51,8 Prozent nicht.

Welche Gruppen jedoch letztlich den AstA stellen werden, ist noch völlig ungeklärt. Wenn alle Fraktionen bei den bisher getroffenen Aussagen bleiben, sind Koalitionen zwischen SHB/MSB Spartakus auf der einen und Basisgruppe, LHV, JHG auf der anderen Seite möglich. In beiden Fällen wird jedoch nicht die Mehrheit der Sitze im StuPa erreicht.

Denkbar wäre jedoch auch eine AstA-Koalition, die von allen fünf Fraktionen getragen wird, die bisher im VDS-Vorstand vertreten waren.

Zwei weitere Diplomprüfungsordnungen

Der Senat hat auf seiner letzten Sitzung den vom Fachbereich I beschlossenen studiengangsspezifischen Teilen der Diplomprüfungsordnung für die Studiengänge Psychologie und Pädagogik zugestimmt. Wenn der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst (MWK) diese Prüfungsordnungen genehmigt, werden damit alle an der Universität Oldenburg angebotenen Diplomstudiengänge, mit Ausnahme der Raumplanung, von der im letzten Jahr nach langen Auseinandersetzungen mit dem MWK in Kraft getretenen Diplomprüfungsordnung mit dem für alle Fächer geltenden Allgemeinen Teil und jeweils fachspezifischen Anhängen abgedeckt. Bis zur Genehmigung bleibt die bisher geltende Prüfungsordnung der Pädagogen jedoch in Kraft.

Feststellung deutscher Sprachkenntnisse

Die vom Senat im November vergangenen Jahres verabschiedete "Vorläufige Regelung für den Erwerb und die Feststellung der deutschen Sprachkenntnisse von Studienbewerbern mit nichtdeutscher Muttersprache an der Universität Oldenburg" (amtliche Mitteilung 1/78) ist in der Pressestelle und in der Zentralen Studienberatung erhältlich.

Studium in Bologna

Die John-Hopkins-Universität in Bologna bietet ein postgraduales Studium in den Studienbereichen Internationale Beziehungen, Außenpolitik, Internationales Recht, Europäische Integration, west- und osteuropäische Politik an. Interessenten können nähere Auskünfte bei der Zentralen Studienberatung einholen.

Ergebnisse der Wahlen zum StuPa (vorläufig)

Listen	1978			1977		
	abgegeben. Stimmen	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze	
SHB/Juso	482	29,80	16	24,44	13	
Basisgruppe/PIN	324	20,20	10	26,71	14	
Juso-Hochschulgruppe	261	16,23	8	15,56	8	
Liberale Hochschulverband	177	11,03	6	12,53	6	
MSB Spartakus	226	14,60	7	12,62	7	
RCDS	106	6,57	3	5,03	2	
Demokratische Liste/KSB	28	1,73	-	1,52	-	
Einzelkandidat						
R. Drechsler (NHB)	7	0,43	-	0,52	-	

Wahlbeteiligung: 42,57 %

Wahlbeteilig.: 51,8 %

Staatsanwalt rechtfertigt Ermittlungsverfahren

Erneut wird sich das Konzil der Universität Oldenburg mit dem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Oldenburg gegen Konzilsmitglieder wegen angeblicher Beleidigung des NHB befassen müssen. In einem Schreiben hat die Staatsanwaltschaft die vom Konzil geltend gemachten Bedenken gegen die Herausgabe der Namensliste der Konzilsmitglieder zurückgewiesen. Der Konzilsvorstand wird dem Konzil auf seiner Sitzung am 8. 2. 1978 (Beginn 11 Uhr in der Aula) eine Stellungnahme zur Beschlußfassung vorlegen, die das uni-info im folgenden ebenso wie den Brief der Staatsanwaltschaft im Wortlaut veröffentlicht.

Es ist weder üblich noch vorgeschrieben, daß die Staatsanwaltschaft ihre Auskunftersuchen begründet. Dies gilt insbesondere für die Einholung behördlicher Auskünfte, zu deren Erteilung die Behörden (hier: Universität Oldenburg) nach § 161 StPO rechtlich verpflichtet sind.

Wenn ich das Schreiben des Vorstandes des Konzils dennoch beantworte, so nur, weil der Vorstand ersichtlich über Einleitung und Durchführung von Ermittlungsverfahren nicht zutreffend unterrichtet ist und deshalb von falschen Voraussetzungen ausgeht. Jede Strafanzeige verpflichtet die Staatsanwaltschaft zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens auch dann,

wenn Gegenstand der Anzeige lediglich eines der in § 374 StPO aufgeführten Privatklagedelikte ist (§ 47 Abs. 1 AktO). Zur Entschließung darüber, ob die öffentliche Klage zu erheben ist, hat die Staatsanwaltschaft den Sachverhalt zu erforschen (§ 160 Abs. 1 StPO). Ohne Durchführung von Ermittlungen kann sie das Verfahren nur einstellen, wenn ein Verfahrenshindernis sicher vorliegt oder **a u s g e s c h l o s s e n** werden kann, daß der von dem Anzeigeerstatte mitgeteilte Sachverhalt - seine Richtigkeit unterstellt - einen Straftatbestand erfüllt.

Das Ermittlungsverfahren ist auf Strafanzeige und Strafantrag des NPD-Landes-

verbandes Niedersachsen und des Nationaldemokratischen Hochschulbundes, Gruppe Oldenburg, eingeleitet worden. Der von den Anzeigeerstatte vorgebrachte und durch Beifügung einer Ablichtung der "uni-info" 11/77 vom 5. Mai 1977 glaubhaft gemachte Sachverhalt ergab, daß die Mitglieder des Konzils **e i n m ü t i g** die Angehörigen des NHB als geistige und politische Nachfolger von Mördern bezeichnet haben. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß dieses Werturteil - für sich betrachtet - eine erhebliche Ehrenkränkung darstellt und damit zumindest den äußeren Tatbestand des § 185 StGB (Beleidigung) erfüllt. Ob der Tatbestand des § 185 StGB vollständig erfüllt ist oder die Rechtswidrigkeit nach § 193 StGB (auch in Verbindung mit dem Grundrecht der freien Meinungsäußerung nach Art. 5 GG) verneint werden muß, hängt wesentlich von den Motiven ab, die die Mitglieder des Konzils zu dieser Äußerung veranlaßt haben. Diese Motive kennt die Staatsanwaltschaft nicht. Es können für die einzelnen Mitglieder des Konzils auch unterschiedliche Motive bestimmend gewesen sein. Dafür könnte sprechen, daß sich das Konzil nach der "uni-info"-Mitteilung einig gewesen sein soll,

Fortsetzung auf Seite 3

»Versuch politischer Gesinnungsüberprüfung«

Der Beschluß des Konzils vom 16. 4. 1975 enthält außer der Beurteilung der NPD und des NHB auch die Gründe für den Beschluß. Es heißt dort: Carl von Ossietzky, Antifaschist und Friedensnobelpreisträger, wurde von Nationalsozialisten in das KZ Esterwegen verschleppt und ist an den Folgen der dort erlittenen Mißhandlungen verstorben. Sein Name bedeutet für diese Universität eine Verpflichtung im Kampf aller Demokraten für den Frieden und gegen den Faschismus. Es steht außer Frage, daß im Deutschen Reich nach der national-sozialistischen Machtergreifung und unter Berufung auf die ideologische Grundlage der NSDAP Massenvernichtungen angeordnet und mit Unterstützung staatlicher Stellen durchgeführt wurden. Carl von Ossietzky war eines der Millionen Opfer dieser Politik. Die NPD und ihre Tochterorganisationen verfolgen, wie aus ihrem Programm und sonstigen Äußerungen hervorgeht, eine Politik, die sie als Nachfolger der Nationalsozialisten ausweist. Darüber hinaus versuchen sie durch Entstellung der historischen Tatsachen, die Massensterben während des 3. Reiches zu verharmlosen.

Die Universität sieht in Carl von Ossietzky einen aufrechten Demokraten, dessen Leben und Werk im Dienste des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts stand. Zu eben diesen

Zielen hat sich die Universität im § 1 ihrer Grundordnung auch verpflichtet. Das Konzil hält es für notwendig, in politischen Auseinandersetzungen vom Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch zu machen, und hat deshalb auf der Grundlage des oben dargestellten Sachverhalts durch Beschluß erklärt, daß es dem Auftrag der Universität "geradezu Hohn sprechen würde, wenn eine Veranstaltung der geistigen und politischen Nachfolger der Mörder Carl von Ossietzky in der Carl-von-Ossietzky-Universität durchgeführt werden könnte".

Die Motive des Konzils für den Beschluß sind in ihm ausgedrückt. Für die Feststellung eines Straftatbestandes können nur diese genannten Motive von Bedeutung sein. Keinesfalls kann dieselbe politische Meinungsäußerung strafbar sein oder nicht, je nach der politischen Grundeinstellung desjenigen, der die Äußerung macht.

Das Konzil sieht in dem Vorhaben der Staatsanwaltschaft, die Motive der einzelnen Konzilsmitglieder zu erforschen, einen Versuch, das Konzil zu spalten und die politische Gesinnung der Mitglieder zu überprüfen.

Das Konzil hat keinen Anlaß, gegen Angehörige anderer politischer Richtungen als der Faschisten Stellung zu nehmen. Diese "einseitige Denkungsweise" wird durch das Grundgesetz gefor-

dert. Sie steht im übrigen in Einklang mit den Anordnungen, die die Alliierten in Westberlin gegen die öffentliche Tätigkeit gerade der NPD getroffen haben.

Das Konzil kann aus diesen Gründen nur zu dem Schluß kommen, daß der Straftatbestand der Beleidigung wegen des Beschlusses vom 16. 4. 1975 weder vom Konzil insgesamt noch von einzelnen Mitgliedern erfüllt wird.

Die Begründung des öffentlichen Interesses durch den Staatsanwalt nimmt das Konzil zur Kenntnis. Der Verweis auf das öffentliche Interesse an den internen Vorgängen in der Universität, den sich die Universität gerne stellt, begründet allerdings noch nicht das öffentliche Interesse an einem Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung z. N. der NPD bzw. des NHB.

Im übrigen wiederholt das Konzil seine Auffassung, daß es ein Skandal ist, daß es überhaupt zu einem Ermittlungsverfahren kommen konnte und das Verfahren nicht auf den Weg der Privatklage verwiesen wurde. Angesichts der zunehmenden Aktivität faschistischer Gruppen, die sich u. a. in Hakenkreuzschmierereien und tätlichen Angriffen usw. äußern, erscheint es dem Konzil notwendig, noch einmal nachdrücklich auf den antifaschistischen Gehalt des Grundgesetzes hinzuweisen, zu dessen gewissenshafter Erfüllung alle staatlichen Stellen verpflichtet sind.

DFG - Neue Schwerpunktprogramme

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat zu Beginn des Jahres 1978 ein Schwerpunktprogramm "Pädagogische Förderung Behinderter" eingerichtet. Ziel des Programms ist es vor allem, die wissenschaftlichen Grundlagen für die pädagogische Förderung der Behinderten zu verbessern und zu erweitern sowie das große Defizit an wissenschaftlicher Forschung der Sonderpädagogik in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Ausland zu reduzieren. Für mögliche Projekte zeichnen sich folgende inhaltliche Forschungsansätze ab:

1. Erfassung und Analyse der Komplexität von Entstehungsbedingungen, Erscheinungsformen und/oder Verläufen von Behinderungen, Störungen und Gefährdungen mit dem Ziel der Präzisierung **t h e o r e t i s c h e r K o n z e p t e**.

2. Entwicklung und Verbesserung von Instrumenten und Realisierungsformen mehrdimensionaler **p ä d a g o g i s c h e r D i a g n o s t i k** von Behinderungen, Störungen und Gefährdungen.

3. Untersuchung der Möglichkeiten und Auswirkungen **s o n d e r p ä d a g o g i s c h e r M a ß n a h m e n** unter Berücksichtigung der intradisziplinären Aspektvielfalt und interdisziplinären Kooperation.

Staatsanwalt rechtfertigt...

Fortsetzung von Seite 2

während die bisherigen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft einen solchen Verlauf der Diskussion und Abstimmung nicht bestätigt haben. Zudem fällt auf, daß von Verfassungsfeinden und Feinden der Demokratie immer nur bei Angehörigen einer bestimmten politischen Richtung die Rede ist, während die Angehörigen anderer Richtungen nicht erwähnt und gegen sie auch keine entsprechenden Maßnahmen vorgeschlagen werden. Diese einseitige und möglicherweise ideologisch beeinflusste Denkungsweise läßt es nicht von vornherein ausgeschlossen erscheinen, daß Mitglieder des Konzils aus Gründen, die keine Rechtfertigung sein würden, dem Beschluß zugestimmt haben.

Deshalb ist die Staatsanwaltschaft verpflichtet, den Versuch zur Aufklärung des subjektiven Tatbestands und der Voraussetzungen für Rechtfertigungsgründe zu unternehmen, bevor sie in der Sache entscheidet.

Die Bitte des Vorstands des Konzils, das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung darzulegen, ist unverstänlich. Soll damit gesagt werden, daß die Mitglieder des Konzils nach Auffassung des Vorstandes eine Straftat, nämlich eine tatbestandsmäßige, rechts-

Ein neues Schwerpunktprogramm mit dem Titel "Mechanismen toxischer Wirkungen von Fremdstoffen" richtet die Deutsche Forschungsgemeinschaft ein. Zentrales Anliegen dieses am 1. März 1978 anlaufenden Programms ist die Aufklärung von Grundmechanismen, die bei der Entstehung von Primärläsionen von kausaler Bedeutung sind. Ferner sollen experimentelle Grundlagen für die Analyse toxischer Wirkungen im Bereich geringer Dosen erarbeitet werden. Der thematische Rahmen des Schwerpunktprogramms wird durch sechs Leitthemen abgesteckt:

1. Identifizierung der für die toxische Wirkung entscheidenden Primärläsion.

2. Bedeutung enzymatischer Aktivierung und Inaktivierung für die Entstehung von Primärläsionen.

3. Ursache der Organotropie toxischer Wirkungen.

4. Analyse der biochemischen Folgeprozesse von Primärläsionen.

5. Gezielte Prävention und Reparatation analytischer Primärläsionen.

6. Experimentelle Grundlagen zur Analyse toxischer Wirkungen im Bereich geringer Dosen.

Informationen erteilt das Referat Medizin 3 (Dr. Hans Rüffler) der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Kennedyallee 40, 5300 Bonn-Bad Godesberg, Tel. 02221 - 87 2336.

Ein neues Schwerpunktprogramm mit dem Titel "Fernerkundung: Physikalische und methodische Grundlagen für die Auswertung von Fernerkundungsdaten" startet die Deutsche Forschungsgemeinschaft In dem Programm sollen

1. "Merkmale" des Fernerkundungssignals d.h. die Eigenschaften der von bestimmten Objekten angegebenen Strahlung in Abhängigkeit von den verschiedenen Einflußfaktoren untersucht werden;

2. mathematisch-physikalische Modelle entwickelt werden, die diese Beziehungen beschreiben, so daß aus den Fernerkundungssignalen Objekte erkannt sowie qualitative und quantitative Aussagen ermöglicht werden. Hierzu sind Experimente notwendig, in denen durch Parallelsatz von Fernerkundungsmethoden und in-situ-Messungen die Aussagekraft der Fernerkundungssignale nachgewiesen wird;

3. Verfahren der Bildauswertung unter Berücksichtigung radiometrischer und geometrischer Korrekturen sowie die Bildkorrelation u.a. zur Untersuchung zeitvariabler Prozesse entwickelt werden.

Informationen erteilt das Referat Meteorologie (Dr. Albrecht Szillinsky) der Deutschen Forschungsgemeinschaft Kennedyallee 40, 5300 Bonn 2, Tel.: 02221 - 87 2577.

Stipendium der UNIDO

Die UNIDO (United Nations Industrial Development Organisation) hat versuchsweise ein Programm zur Förderung studentischer Arbeit auf dem Gebiet der "angepaßten Technologie" ausgeschrieben.

Studenten, die sich z. B. im Rahmen von Examensarbeiten mit einer Forschungsaufgabe zum Nutzen der Menschen in "Entwicklungsländern" befassen, können mit maximal 5.000 Dollar unterstützt werden. Angestrebt werden einfache, praktikable Lösungsvorschläge auf dem Gebiet der Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse im weitesten Sinne; dabei soll den spezifischen, sozial-kulturellen, ökonomischen, infrastrukturellen und klimatischen Bedingungen im Entwicklungsland Rechnung getragen werden. Ziel des Programms ist die Entwicklung "angepaßter Technologien" sowie die Mobilisierung entsprechender Kapazitäten an den Hochschulen. Nähere Auskünfte bei Johannes Buchrucker, Raum A 203, Tel. 304.

Ossietzky-Mahnmal

Spenden fließen spärlicher

Auf dem Spendenkonto für das Mahnmal zu Ehren von Carl von Ossietzky sind bisher etwas mehr als 6.000 Mark an Spenden eingegangen. Damit hat sich der Spendenfluß in den vergangenen Wochen wesentlich verlangsamt.

Von den etwa 300 Lehrenden haben bisher 61 einen Betrag von knapp 5.000 Mark gespendet. Der Rest ist von Studenten - Überschüsse aus Fachschaften - Sammlungen in Lehrveranstaltungen - und anderen Spendern eingebracht worden; die Mitarbeiter der akademischen Verwaltung haben einen Betrag von 165 Mark gesammelt.

Um den Spendenstrom zu beschleunigen - gebraucht werden immerhin über 20.000 Mark - richtete der Rektor der Universität einen Appell an die politischen Hochschulgruppen der Lehrenden, in dem er diese zu einer Intensivierung der Spendenaktivitäten aufforderte; darüberhinaus wurden alle Lehrenden gebeten, innerhalb ihrer Lehrveranstaltungen Sammelaktionen durchzuführen. In diesem Zusammenhang sei noch einmal daran erinnert, daß sowohl das Studentenparlament der Universität als auch alle dort vertretenen studentischen Hochschulgruppen,

mit Ausnahme des RCDS, die Spendenaktion unterstützen.

Zur Erinnerung: Das Spenden-Sonderkonto hat folgende Nummer:
Landessparkasse zu Oldenburg Nr. 021 - 127 568, Johannes Buchrucker "Ossietzky - Kunstwerk".

Solidarität mit Gross

Die Konferenz Wissenschaftlicher Mitarbeiter hat sich in einem Beschluß mit dem Mathematiker Eckart Gross solidarisiert, der noch immer auf seine Einstellung als Assistent wartet. Die KWM schließt sich dem Beschluß des Konzils an und fordert alle Kollegen zur Unterschrift auf.

Kommentiertes Verzeichnis

Kommentare zum Veranstaltungsangebot der Erziehungswissenschaftler für das SS 78 sind ab Montag, 6. 2. 78, in der Geschäftsstelle des FB I zu erhalten.

Personalien

DR. PETER SCHLEUNING wurde mit der Verwaltung der Stelle eines ordentlichen Professors für das Fach "Musikwissenschaft" beauftragt.

DR. ARTUR JOACHIM ULMER ist zum wissenschaftlichen Assistenten für das Fach "Biochemie" ernannt worden.

DR. JORG SCHLEE, bisher Außerordentlicher Professor an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland Pfalz, ist zum Ordentlichen Professor für das Fach "Pädagogik mit dem Schwerpunkt Sonderpädagogische Psychologie" ernannt worden.

DR. HANS-PETER LITZ ist zum Akademischen Rat für das Fach "Statistische Methodenlehre" ernannt worden.

Eingestellt wurden:

RONALD FREIS als Angestellter im Schreibdienst im Fachbereich IV

GÜNTER SCHUMANN als Regierungsinspektor z. A. in der Organisationsabteilung.

URSULA HAKE, bisher beim Verwaltungspräsidenten Oldenburg, als Regierungsamtshilfsleiterin in der Personalabteilung Sachgebiet: "Angestellte und Arbeiter"

Termine · Termine · Termine · Termine · Termine · Termine · Termine · Termine

Am Mittwoch, dem 1. Februar 1978, 14 - 15.30 Uhr, spielen die von Herrn Teeling betreuten Schlagzeugergroups im Kammermusiksaal. Es werden Stücke von G. P. Telemann, S. Fink, José Soler und Tangents gespielt.

Terminänderung: statt Donnerstag, 2.2.1978

MONTAG, 6.2.1978, 16 Uhr, AVZ 2-405. Gastvortrag im Rahmen des Physikalischen Kolloquiums von Herrn Dipl.-Physiker Roland Kollert (Bremen) zum Thema "Perspektiven einer Plutonium-Wirtschaft - Konsequenzen eines geplanten Brutreaktorsystems".

DIENSTAG, 7.2.1978, 18 - 20 Uhr, AVZ 2 - 405. Gastvortrag von Prof. Dr. Bergold (Berlin) zum Thema "Handlungstheoretische Ansätze in der Psychotherapie".

DIENSTAG, 7. Februar 1978, 20 Uhr, Kammermusiksaal, ein öffentlicher Musikabend mit Robert Brüll (Querflöte) und Rainer Abraham (Klavier). Es werden Werke von O. Messiaen, P. Hindemith, J. Haydn, J. Ibert, N. Castiglioni und F. Kuhlau vorgelesen.

DONNERSTAG, 9. 2. 1978, 14.30 Uhr, Hörsaal F. Veranstaltung des AStA, des Bundes demokratischer Wissen-

schaftler und der Fachschaft Sozialkunde/Politik zum Thema "Aktualität des Faschismus". Referent ist Professor Reinhard Kühnl (Marburg).

FREITAG, 10. 2. 1978, 14 Uhr, Hörsaal B. Beginn einer Vollversammlung der Studenten, die am 1. 4. 78 in den dritten Studienabschnitt gehen. Hierzu sind Interessierte und Studenten, die entweder die Praxisphase hinter oder noch vor sich haben, sehr herzlich eingeladen.

FREITAG, 10. Februar 1978, 20 Uhr, Kammermusiksaal, spielen die von Frau Gertrud Meyer-Denkman betreuten Kammermusikgruppen. Es werden Stücke von G. Ph. Telemann, G.F. Händel, J.S. Bach, L.V. Call, I. Strawinsky, B. Bartok, Arne Mellnas und Morton Feldman vorgetragen.

SAMSTAG, 11.2.1978, 8.00 Uhr, D 104. Anhörungen zur Stelle S 220/73 "Stadtplanung" H 4. Hans-Joachim Amino (Stuttgart), Lüder Bach (Dortmund) - 10.00-10.30 Uhr Pause - Joachim Brech (Darmstadt), Rainer Dilcher (Mühlthal), Jörg Forssmann (Köln), Ingrid Krau (Oberhausen) - 15.30 - 16.00 Uhr Pause - Michael Kraus (Berlin), Henning Schran (Berlin).

MONTAG, 13. 2. 1978, 16 Uhr, AVZ 2 - 405. Gastvortrag im Rahmen des Physikalischen Kolloquiums von Herrn Dr. Hlawiczka (Bundesministerium für Forschung und Technologie) zum Thema "Das Energieforschungsprogramm der BRD unter besonderer Berücksichtigung der Solartechnik".

DIENSTAG, 14. 2. 1978, 18 - 20 Uhr, AVZ 2 - 405. Gastvortrag von Prof. Dr. Huebner (Erlangen) zum Thema "Didaktische Probleme der Vermittlung von Statistik im Psychologiestudium".

MITTWOCH, 15.2.1978, 14 Uhr, AVZ 2-405. Gastvortrag von H.-G. Löhmansröben (Göttingen) im Rahmen des physikalischen Kolloquiums zum Thema "Erfahrungen eines ehemaligen Oldenburger Projekt-Studenten mit der traditionellen Ausbildung an der Uni Göttingen".

MITTWOCH, 15.2.1978, 14.00 Uhr, VG 309. Anhörungen für die Stelle S 220/73 "Stadtplanung" H 4. Erhart Pfothenhauer (Hude), Dietmar Reinborn (Stuttgart), Uwe Riedel (Bremen).